79. Jahrgang. № 599 — Mittwoch, 23. Dezember 1925

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Lobeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38 42
Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugsgebühr vom 16. bis 31./12. 25 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat Dezember 1 Mark. Einzelnummer 10 Pfg. | Anzeigenpreise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die 1spalt. 30 mm br. Zeile 30 ₰, ausw. 35 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche ohne Rabatt 10 ₰ weniger, 20 ₰, die 90 mm br. Reklamezeile 150 ₰, auswärts 200 ₰. Offertengebühr 10 ₰. Usw. Aufträge neu. Vorausbezahl.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Anerkannt gute preiswerte Weine und Küche — Limbäcker — Fernsprecher 13777 Johann-Georgen-Allee 8

Italienischer Imperialismus.

Mussolini über den Sinn des Faschismus und Italiens Recht zu „friedlicher" Expansion.

Vertagung des englischen Unterhauses. — Optimistische Aeußerungen Tschitscherins über die deutsch-russischen Beziehungen.

Programmatische Erklärungen Mussolinis.

Neuyork, 22. Dez. Mussolini hat einem Vertreter der United Preß ein Interview gegeben, in dem er, befragt über die Möglichkeit der Eröffnung einer neuen geschichtlichen Aera durch den Faschismus, erklärte:

„Ich glaube, man kann das dahin ausdrücken, daß das Wort „Faschismus" nicht nur eine revolutionäre Bewegung bezeichnet, sondern eine neuartige Regierungsform, besonders geeignet für die veränderten politischen Verhältnisse unseres Zeitalters und darüber hinaus für die besonderen historischen Notwendigkeiten des italienischen Volkes. Ob damit das parlamentarische Prinzip aufgegeben wird? Ich habe schon vor kurzem auszuführen Gelegenheit genommen, daß der Faschismus nicht die Abschaffung erstrebt, sondern vielmehr **eine völlige Umwandlung des parlamentarischen Systems**, das unzweifelhaft in vielen Ländern degeneriert ist. Wir gehen von der Voraussetzung aus daß eine Regierung gegen die von persönlichen Motiven inspirierten Intrigen kleiner Gruppen, wie es sie in Italien jahrelang gab, geschützt werden muß." Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen umschrieb er die Bedeutung des Wortes „Empire" für seine und Italiens Politik: **„Empire" bedeutet als Wille zum Leben und zur Macht, sei die dynamische Kraft alles Lebendigen;** jede Nation im Besitze einer überströmenden Fähigkeit für den Fortschritt wird durch das Wachsen ihrer produktiven Kräfte gezwungen, die Grenzen ihrer friedlichen Durchdringung der Welt zu weiten und ihre Macht sowie ihr geistiges und moralisches Prestige über die Landesgrenzen hinauszutragen.

Wenn man von einem imperialistischen Italien spricht, so darf man damit keine definitiven territorialen Eroberungen verbinden, sondern vielmehr eine bestimmte Geistesrichtung und den Zwang zu einer starken und männlichen Haltung Italiens gegenüber allen großen internationalen Entscheidungen.

Italiens führende Rolle unter den großen Nationen der Welt, seine ungeheueren Kriegsopfer und seine überströmende Bevölkerung, alles das gibt ihm

das Recht zu einer weiteren Expansion!

Wer in dieser Politik irgendwelche aggressiven Absichten wittert, ist ein Dummkopf. Es gibt in der Geschichte Beispiele für friedliche Abmachungen und Abtrennungen, die den Mächten ein sicheres und gerechtes Gleichgewicht sichern, und ihren Völkern friedliche und ruhige Entwicklung garantieren.

Ich bin davon überzeugt, daß, wenn die Gelegenheit kommt, Italien die Mittel haben wird, durch Kompromisse und Uebereinkommen das zu erhalten, was ihm gebührt. Nationen, die Italiens bescheidenen Aspirationen halsstarrigen Widerstand entgegensetzen sollten, würden damit eine schwere Verantwortlichkeit auf sich laden.

Scharfes amerikanisches Urteil gegen Mussolinis Größenwahn.

Neuyork, 22. Dez. Die „Chicago Tribune" befaßt sich heute in einem Artikel mit dem italienischen Gewaltregiment in Südtirol. Italien hat, schreibt das amerikanische Blatt, Tirol als Preis dafür erhalten, daß es seinem deutschen Verbündeten im Kriege desertierte. **Die Bevölkerung dieses Gebietes ist deutsch.** Mussolini denkt, er könne diese deutschen Menschen in Italiener umwandeln, indem er Sitten verbietet, die sie Jahrhunderte hindurch gepflegt haben. Wie irrig eine derartige Auffassung ist, müßte jeder, der sich mit der Geschichte beschäftigt hat, wissen. Das Blatt geht dann auf die Weihnachtsbaum-Angelegenheit in Bozen ein und erklärt, daß sie typisch sei. Männer und Frauen in Amerika und Europa, deren früheste Erinnerungen mit Familienfeiern um den Tannenbaum verknüpft sind, müssen entsetzt sein bei dem Gedanken, daß irgend jemand durch eine Regierungsanordnung des Rechts beraubt werden solle, die Feier in der von ihm gewohnten Form abzuhalten. Mussolini, **schließt das Blatt, befindet sich auf dem Wege, die Völker der Welt dazu zu zwingen, daß sie jeder Nation zujubeln, die die Aufgabe übernimmt, seine große Einbildung zu dämpfen. Sein Größenwahn schaffe Italien keine Freunde.**

•

Rom, 22. Dez. Nach einer Mitteilung des italienischen Fremdenverkehrsvereins besuchten in diesem Jahre 885000 Fremde Italien. An erster Stelle stehen die Deutschen mit 186 000. Dann folgen die Engländer mit 122 000.

Die schleppenden Luftfahrtverhandlungen.

Bisher kein Erfolg.

Berlin, 22. Dez. Die deutschen Delegierten zu der Luftfahrtkonferenz verlassen heute abend Paris, um die Weihnachtsfeiertage in der Heimat zu verbringen. Nach Neujahr werden die Besprechungen fortgesetzt. Auf deutscher Seite wird bedauert, daß das erhoffte Ergebnis nicht vor dem Feste zu erzielen war. Die Hintermänner des französischen Widerstandes sind in den Kreisen der französischen Luftfahrtindustrie zu suchen, für die die Begriffsbestimmungen mit ihrer Industriekontrolle ein willkommenes Mittel sind, die Entwicklung der deutschen Luftfahrtindustrie zu hemmen.

Das Abkommen über das deutsche Eigentum in Amerika.

Berlin, 22. Dez. Der Ausschuß, der den Aufruf zur Beteiligung an dem von Dr. Kießelbach vorbereiteten Abkommen über die Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika unterzeichnet hatte, nahm heute den Bericht über den bisherigen Stand der Vorbereitungsarbeiten entgegen. Das bisher erzielte Ergebnis kann als durchaus erfreulich bezeichnet werden, und zwar sowohl hinsichtlich des Gesamtbetrages der Guthaben der zustimmenden Gläubiger, wie auch hinsichtlich des Betrages, bis zu dem eine Zeichnung der auszugebenden Bonds als gesichert erscheint. (W. T. B.)

Ergänzungszahlen zur deutschen Handelsbilanz.

Berlin, 22. Dez. Nach der amtlichen Statistik weist die reine Wareneinfuhr im November, wie bereits berichtet, gegenüber dem Vormonat eine erhebliche Abnahme, nämlich um 218 Millionen RM. auf. Davon sind die Lebensmittel und Getränke mit 105, die Rohstoffe und halbfertigen Waren mit 41 und die Fertigwaren mit 69 Millionen beteiligt. Die reine Warenausfuhr zeigt gegenüber dem Vormonat eine Abschwächung um 54 Millionen RM. Während die Ausfuhr an Fertigwaren eine Abnahme um 74 Millionen aufweist, ist bei der Ausfuhr von Lebensmitteln und Getränken um 7 Millionen, an Rohstoffen und halbfertigen Waren um 12 Millionen eine leichte Zunahme festzustellen. (W. T. B.)

Um die „Vereinigten Staaten von Europa".

Aeußerungen einzelner Staatsmänner.

Genf, 22. Dez. Die „Tribune de Genève" veröffentlicht Aeußerungen von Mitgliedern des Völkerbundsrates, die das Blatt über das Problem der Vereinigten Staaten von Europa befragt hat. Chamberlain ist in seiner Antwort, in der er kurz die Grundzüge der britischen Politik im Sinne der Verträge von Locarno darlegt, der Frage ausgewichen. Der Italiener Scialoja und der Belgier Hymans vertreten die Auffassung, daß eine Annäherung der europäischen Staaten auf der Grundlage von politischen und wirtschaftlichen Verträgen notwendig sei, doch glauben sie nicht an eine konstitutionelle gesamte europäische Staatenbildung. Der Franzose Paul Boncour und der tschechische Außenminister Benesch sind dagegen von dem künftigen Zusammenschlusse Europas zu einem Staatenbund überzeugt, wenn man auch nicht sagen könne, wie und wann dies erfolgen werde. (T.-U.)

Deutsch-polnische Verhandlungspause.

Warschau, 22. Dez. Amtlich wird mitgeteilt, daß die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen am 23. Dezember wegen der Feiertage vertagt werden und in der ersten Januarwoche wieder aufgenommen werden sollen. Das Mitglied der polnischen Delegation Diamand ist heute in Warschau eingetroffen und erstattete dem Ministerpräsidenten Skrzynski Bericht. Er erklärte, die wichtigsten Verhandlungspunkte seien bereits erledigt, die schwierigsten seien überwunden (?) und der Abschluß eines Vertrages sei in der nächsten Zukunft zu erwarten. (T. U.)

Polens Vertretung auf der Wirtschaftskonferenz.

Warschau, 22. Dez. Die polnische Regierung beabsichtigt, den ehemaligen Ministerpräsidenten Grabski zum Präsidenten der polnischen Delegation für die vom Völkerbund geplante Wirtschaftskonferenz zu ernennen. (T.-U.)

Die „Geistesfreiheit" der Linken im Falle Schillings.

Wenn im alten deutschen „Obrigkeitsstaate" das preußische Kultusministerium einmal etwas tat, was nach Ansicht der Linken nicht „voll und ganz" den spezifischen Anschauungen dieser Kreise über Geistesfreiheit entsprach, gab es stets ein großes Hallo und die „reaktionäre" Gesinnung des jeweiligen Leiters des Ministeriums und der Regierung überhaupt wurde in den schwärzesten Farben ausgemalt. Dabei handelte es sich dann regelmäßig um Fragen, in denen sich die Linke in ihren Bestrebungen zur Lockerung der straffen staatlichen Autorität beengt fühlte, so daß sie Kunst und Wissenschaft als Deckmantel benutzen wollte, um sich für ihre radikalen Ziele mehr Ellbogenfreiheit zu verschaffen. Im heutigen angeblich durch und durch „demokratischen" Staate hat sich nun ein Fall ereignet, der den Linksparteien eine vortreffliche Gelegenheit gab, klar und deutlich zu zeigen, wieweit es ihnen mit der unentwegten Vertretung der wahren Geistesfreiheit ohne Hintergedanken und Nebenabsichten ernst sei. Der Intendant der Berliner Staatstheater v. Schillings ist vor kurzem plötzlich fristlos seines Amtes enthoben worden. Der Kultusminister Becker, seines politischen Zeichens Demokrat, hatte dem Intendanten in einem Schreiben mitgeteilt, daß die Verhältnisse durch dessen Schuld sich zu unerquicklich gestaltet hätten, um ein weiteres Zusammenarbeiten möglich zu machen; er solle sich daher im Ministerium zu einer Besprechung einfinden, um die beste Art seiner Entlassung festzustellen. Da Herr v. Schillings hieraus ersah, daß seine Kaltstellung unter allen Umständen beschlossene Sache war, so ließ er sich auf die Unterredung überhaupt nicht ein, sondern wartete das Weitere ab. Das Kultusministerium erklärte ihm nunmehr, daß er wegen „Gehorsamsverweigerung" fristlos entlassen sei. Die Oeffentlichkeit, die zunächst politische Einflüsse hinter diesem Vorgehen nicht vermuten konnte, geriet auch ohnedies durch die dem Intendanten zuteil gewordene Behandlung in starke Erregung. Man sagte sich allgemein: wohin soll es kommen, wenn geistig hochstehende Persönlichkeiten, Vertreter von Kunst und Wissenschaft, amtlich auf einen Standpunkt herabgedrückt werden, der ganz in die Niederungen der gewöhnlichsten Lohnempfänger- und Angestelltenpraxis hineinführt. Die Erkenntnis, daß auf solche Weise geradezu ein geistiges Helotentum gezüchtet werde, beherrschte alle intellektuellen Kreise ohne Unterschied der Partei gemeinsam, und auch die Presse der Linken trug im Anfangsstadium dieser unerquicklichen Affäre keine Scheu, dem demokratischen Kultusminister über die bei der Achtung der Geistesfreiheit zu beobachtenden Rücksichten allerlei ungeschminkte Wahrheiten zu sagen. Soweit schien für die Abwehr des kultusministeriellen Vorstoßes die parlamentarische Lage geklärt zu sein; daß der Preußische Landtag zur Sache nicht schweigen konnte, stand von vornherein fest. Die Deutsche Volkspartei ergriff dabei die Initiative und wurde von den Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei kräftig unterstützt. Ein volksparteilicher Antrag forderte, daß die Entlassung des Intendanten v. Schillings rückgängig gemacht werde.

In der Zwischenzeit bis zur Abstimmung über den Antrag war aber auf der Linken eine merkwürdige Wandlung eingetreten. Von einer Zentralstelle aus war die Parole ausgegeben worden: „Wenn der demokratische Kultusminister nicht unversehrt aus dem Ansturm hervorgeht, ist die Weimarer Koalition in Preußen in Gefahr, gesprengt zu werden, und das muß auf jeden Fall verhütet werden!" Die Parteien der Koalition wurden also regelrecht zurückgepfiffen und unter dem politischen Drucke der Sorge um die Erhaltung ihrer Macht ließen sie Geistesfreiheit sich Hekuba sein und lehnten den volksparteilichen Antrag geschlossen ab. Die Deutsche und die Deutschnationale Volkspartei sowie die Wirtschaftliche Vereinigung stimmten dafür, die Kommunisten steckten, der neuen Moskauer Taktik entsprechend, die Hände in die Hosentaschen und sahen schmunzelnd zu, wie die Weimarer Koalition die Geistesfreiheit verarztete. Geht schon aus dieser parlamentarischen Episode das Hineinspielen parteipolitischer Gesichtspunkte in den Fall deutlich genug hervor, so wird vollends jeder Zweifel beseitigt durch die Enthüllungen des volksparteilichen Abgeordneten Buchhorn, wonach ausdrückliche interfraktionelle Abmachungen die Weimarer Parteien auf die Unterstützung des preußischen Kultus-